Hans-Olaf Henkel

Hans-Olaf Henkel, 1940 in Hamburg geboren, studierte nach einer kaufmännischen Lehre an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Seit 1962 bei IBM Deutschland in verschiedenen Managementfunktionen tätig, 1987 dort zum Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen. Von September 1993 bis Dezember 1994 Chef der IBM Europa, Mittlerer Osten und Afrika mit Dienstsitz in Paris. 1995 bis 2000 im Ehrenamt Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Von 2001 bis 2005 Präsident der Leibniz-Gemeinschaft. Zur Verabschiedung wurde eine neue Schmetterlingsart nach ihm benannt, die „Bracca olafhenkeli“, und der „Hans-Olaf-Henkel-Preis – Preis für Wissenschaftspolitik“ ausgelobt, der in zweijährigem Turnus vergeben wird.
Seit 2006 berät Henkel die Bank of America als „Senior Advisor“ für den deutschsprachigen Raum, um ihre Marktposition im Investment Banking in Deutschland auszubauen. Er ist Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte und lehrt seit November 2000 als Honorarprofessor am Lehrstuhl Internationales Management der Universität Mannheim „Internationales Management in einer globalisierten Welt“.
Zu seinen wichtigsten Buchveröffentlichungen gehören: „Kampf um die Mitte. Mein Bekenntnis zum Bürgertum“ (München 2007), „Die Abwracker. Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen“ (München 2009) und „Rettet unser Geld! Deutschland wird ausverkauft – Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet“ (München 2010).

Kontakt

Prof. Dr.-Ing. Hans-Olaf Henkel
c/o Heyne Verlag
Bayerstraße 71-73
80335 München
Deutschland

Die Rettung Griechenlands war ein Fehler

Adelbert Reif im Gespräch mit Hans-Olaf Henkel

Hans-Olaf Henkel zählt zu den bekanntesten, aber auch umstrittensten Industrie- und Wirtschaftsmanagern in Deutschland. Immer wieder trat er im Laufe seiner jahrzehntelangen Tätigkeit in führenden Managementfunktionen zugleich als Autor vieldiskutierter Bücher mit unkonventionellen Gedanken und Lösungsvorschlägen zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Problemen an die Öffentlichkeit. Dies geschah 2009 mit seinem Buch „Die Abwracker. Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen" und kürzlich erneut mit dem Buch „Rettet unser Geld! Deutschland wird ausverkauft – Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet". Dabei geht es Henkel keineswegs nur um Deutschland, vielmehr steht für ihn beim „Euro-Betrug" die wirtschaftliche und politische Stabilität Europas überhaupt zur Disposition. Das Überraschende an der von Henkel heute eingenommenen Position besteht darin, dass er sich von einem Euro-Befürworter, der an die Stabilitätsversprechen der EU glaubte, zu dessen entschiedenem Gegner entwickelt hat. Doch belässt es Henkel nicht bei bloßer Kritik und Ablehnung, sondern plädiert mit Argumenten für eine „Zweigliederung" des Euros, um aus dem gegenwärtigen und immer mehr wachsenden Schuldendilemma vieler europäischer Staaten herauszukommen.

„Rettet unser Geld"

conturen: Herr Professor Henkel, Ihr jüngstes Buch trägt einen Hilferuf als Titel: „Rettet unser Geld!" Im Vorwort bezeichnen Sie Ihren seinerzeitigen Einsatz für die Einführung des Euros „als größte Fehleinschätzung" Ihrer beruflichen Laufbahn. Als Lösung der Euro-Krise und Rettung des Euros plädieren Sie jetzt für dessen Aufteilung…

Ein Nord- und ein Süd-Euro

Henkel: Ich habe vorgeschlagen, den Euro aufzuteilen in einen Nord- und einen Süd-Euro. Es entstünden damit zwei Ländergruppen, deren Euro der tatsächlichen Wirtschaftskraft und der vorherrschenden Kultur ihrer Mitglieder entspräche. Das heißt, es gebe einen Euro für die Nordländer, die wenig Inflation wollen, an Aufwertung gewöhnt sind

Zwei Wirtschaftsräume

und Haushaltsdisziplin üben können, und einen für die so genannten Südländer, die Inflation hinnehmen, um ihre Wirtschaft am Laufen zu halten und die es gewöhnt sind, durch Abwertung ihre Konkurrenzfähigkeit zu behalten.

conturen: Aber würde ein solcher weicher Euro die südeuropäischen Länder nicht noch mehr in die Krise treiben?

Der Euro verursachte die Süd-Krise

Henkel: Nein, im Gegenteil. Die Schwierigkeiten, die Griechenland, Portugal und Spanien haben und Italien bekommen wird, hängen ursächlich mit dem Euro zusammen. Die griechische Politik hätte sich niemals diese Milliarden-Schulden aufladen können, wenn sie nicht nach Einführung des Euros an die billigen Zinssätze herangekommen wäre. Und die spanische Immobilienblase wäre gar nicht erst entstanden, wenn es eine unabhängige spanische Bank gegeben hätte, die die Zinsen hätte hochsetzen können. Die Europäische Zentralbank vertritt nämlich die Meinung, dass die Zinsen, unabhängig von der jeweiligen Konjunkturentwicklung eines europäischen Landes, überall gleich sein müssen. Und natürlich hätten diese Länder ohne Euro wie in der Vergangenheit auch abwerten können. Damit hätten sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Das heißt, die Probleme, die in diesen Ländern entstanden, sind direkt auf den Euro zurückzuführen.

Zinspolitik der EZB

Deutsche werden beschimpft

Mittlerweile werden die Deutschen in diesen Ländern beschimpft, nicht nur, weil sie ihnen helfen, sondern weil sie meinen, sie müssten ihnen Vorschriften machen. Das macht doch alles keinen Sinn. Jedes Land muss nach seiner eigenen Fasson selig werden und nicht etwa mit einer zentralistisch geführten europäischen Wirtschaftsregierung à la Merkel und Sarkozy zu seinem Glück gezwungen werden.

Wider dem Merkel-Sarkozy-Zentralismus

conturen: Finanzexperten empfehlen Griechenland, zumindest vorübergehend aus der Währungsunion auszutreten und die Drachme wieder einzuführen…

Henkel: Das wäre von Anfang an die richtige Reaktion gewesen. Ich darf daran erinnern, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Beginn des Jahres 2010 sagte, Griechenland müsste jetzt eigentlich den Euro-Verbund verlassen. Das war damals ihre klare Position. Wahrscheinlich hat sie den Vertrag von Maastricht nicht richtig gelesen. Der sieht nämlich den Ausschluss eines Mitglieds gar nicht vor. Angela Merkel musste dann gegenüber dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy auch

Merkel 2010 für die Drachme

Merkel beugte sich Sarkozy

klein beigeben. Und statt Griechenland aus dem Euro-Verbund zu entlassen, traten wir mit anderen europäischen Ländern dazu an, uns an der „Rettung“ Griechenlands zu beteiligen. Das war ein Fehler. Wir hätten Griechenland gleich den Austritt aus der Währungsunion nahelegen müssen.

Niall Ferguson: Kein Euro-Austritt!

conturen: Dem gegenüber sprach sich der britische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Niall Ferguson entschieden dafür aus, dass die Währungsunion alle Mitglieder behalten müsse. Ein Austritt selbst eines schwachen Mitgliedsstaates würde das ganze System instabiler statt stabiler machen. Wie erklären Sie sich dieses fast schon beschwörende Festhalten an der Währungsunion?

Henkel: Es erstaunt mich, dass ein Brite das sagt. Denn es ist genau die Position aller führenden Politiker im EU-Raum. Sie entspricht der von EU-Kommissionspräsident José Barroso, der gesagt hat, der Euro müsse verteidigt werden at all cost. Angela Merkel äußert in ihren Reden immer wieder die übertriebene Feststellung, der Euro sei unser Schicksal und scheitere der Euro, dann scheitere Europa. Da muss ich daran erinnern, dass es Europa schon vor dem Euro gab. Und sollte der Euro scheitern, dann wird es Europa auch weiterhin geben. Ich halte solche Äußerungen für verantwortungslos. Man kann ein Scheitern der Währungsunion nicht ausschließen. Und sollte es so weit kommen, dann darf man doch nicht für Panik sorgen, sondern eher für Beruhigung. Mein Vorschlag einer Aufteilung des Euros erscheint mir immer noch besser als der Austritt eines Landes, die befürchtete Renationalisierung Europas oder die zwangsweise Beibehaltung eines Einheits-Euros über zwei unterschiedliche Wirtschafts- und Finanzkulturen in Europa.

Euro als Europas Schicksal? – Europa gab es vor dem Euro

Keine Panikmache!

conturen: Dennoch muss man erwarten, dass der Bail out für Griechenland weitere für andere Staaten nach sich ziehen wird. Sie haben sich sehr gegen den Bruch der Nichtbeistands-Klausel geäußert und sogar von einem „Vertragsbruch“ gesprochen…

Henkel: Die Anführungsstriche können Sie streichen. Wir haben eine eloquente Zeugin, dass es sich in der Tat um einen Vertragsbruch handelt. Ausgerechnet die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde bezeichnete die Griechenland-Hilfe als Vertragsbruch und gab ihn damit auch zu. Ich habe übrigens zusammen mit

Eine Klage beim Bundes-Verfassungsgericht

Professor Markus C. Kerber von der TU Berlin und zirka fünfzig Familienunternehmen eine Klage gegen diesen Vertragsbruch, an dem die deutsche Regierung mitwirkte, beim Bundesverfassungsgericht eingebracht.

conturen: Waren es aber nicht eher die Banken – darunter auch die Deutsche Bank –, die durch diesen Vertragsbruch herausgepaukt wurden?

Henkel: Sie haben völlig Recht. Bei Griechenland und Irland stand die Rettung des Euros überhaupt nicht zur Debatte. Der Euro musste nicht gerettet werden. Im Fall Griechenlands waren die größten Schuldner französische Banken und an zweiter Stelle deutsche Banken. Damit hatte Sarkozy ein großes Interesse an der Rettung Griechenlands. Und die Entscheidung, Griechenland zu retten, statt individuell die Banken zu retten, führte dazu, dass der deutsche Steuerzahler sich zu vierzig Prozent an dem Rettungspaket beteiligen musste, während nur zirka zwanzig Prozent deutsche Banken beteiligt waren. Was Frankreich betrifft, ist das Verhältnis genau umgekehrt.

Sarkozys Interesse an Griechenland

40%: Beitrag Deutschlands

Irland: Eine Banken –, keine Euro-Rettung

Am Beispiel Irland sieht man noch deutlicher, dass es sich um eine Bankenrettung und nicht um eine Euro-Rettung handelt. Denn sogar die britische Regierung beteiligte sich an der Irland-Rettung, obwohl Großbritannien der Währungsunion gar nicht angehört. Irland hat sich in all den Jahren in hervorragender Weise und noch besser als Deutschland an die Konvergenzkriterien gehalten. Es hat die Hürde der Neuverschuldung nicht gerissen. In der Gesamtverschuldung lag es unter dem deutschen Niveau. Auch ist in Irland das Pro-Kopf-Einkommen heute nicht höher als in Deutschland. Das Land wurde nur zu einem Problemfall durch eine unverantwortliche Bankenaufsicht der irischen Zentralbank und der irischen Regierung.

Unverantwortliche irische Regierung

conturen: Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund den Europäischen Stabilisierungsmechanismus, wie er ab 2013 als permanenter Rettungsschirm gelten soll? Immerhin müssen die Länder, die ihn in Anspruch nehmen, auch Auflagen erfüllen…

Henkel: Der ist eine Lachnummer. Es tut mir leid, dass ich das so drastisch sagen muss. Ich will Ihnen das begründen: Wir haben jetzt zehn Jahre lang erlebt, dass die Politik nicht bereit war, über die Hürden zu springen, die man damals festgelegt hatte: Die No-Bail-out-Klausel war eine

Hürde. Die Drei-Prozent-Neuverschuldungsgrenze war eine Hürde. Die Sechzig-Prozent-Gesamtverschuldungsgrenze war eine Hürde. Nur Länder hineinzulassen, die wirklich nachhaltig vernünftig haushalten können, war eine Hürde. Alle diese Hürden hat man nicht übersprungen. Und jetzt beschließt die Politik, ab dem Jahr 2013 noch höhere Hürden zu bauen. Und die wollen wir dann überspringen? So naiv bin ich nicht mehr, daran zu glauben.

Zu hohe Auflagen

Lachnummer: Schutzschirm ab 2013

conturen: Entgegen Ihrer Furcht vor einer Schwächung des Euros äußerte der amerikanische Ökonom und Berater der EU-Kommission Jeremy Rifkin sogar die Idee, der Euro könne den Dollar als Leitwährung ablösen. Ist das nur eine phantastische Idee oder tatsächlich eine Perspektive?

Jeremy Rifkin

Henkel: Weder noch. Es kann einfach deshalb passieren, weil sich nicht nur einige europäische Länder verantwortungslos verhalten haben, sondern weil sich auch die amerikanische Notenbank verantwortungslos verhält. Sie hat 600 bis 700 Milliarden neue Dollar gedruckt. Ich weiß nicht, ob das ein Zufall ist. Aber ich lebe zurzeit in New York und ich bekomme immer nur neue Dollar-Scheine. Von daher ist es gut möglich, dass der Euro sich im Verhältnis zum Dollar besser entwickelt. Aber das liegt eben nicht an der Stärke des Euros, sondern an der Schwäche des Dollars. Grundsätzlich sollte man sich nicht darauf verlassen, dass die Konkurrenz schwächer ist, sondern man muss schon selbst dafür sorgen, dass man stark bleibt. Auch würde ich die amerikanische Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht abschreiben. Präsident Barack Obama hat einen 180-gradigen Schwenk in seiner Politik vollzogen. Es wird jetzt massiv gespart.

USA drucken neue Dollars

Obama schwenkte um 180 Grad

Und noch etwas kann man von Amerika lernen. Das Land existiert als Nation seit über 200 Jahren. Es besteht aus fünfzig unterschiedlichen Bundesländern in unterschiedlichen finanziellen und wirtschaftlichen Regionen. Gegenwärtig befindet sich Kalifornien in großen Schwierigkeiten. Das Land ist fast bankrott. Aber niemand käme auf die Idee, dass nun der Bund oder der Staat Texas oder einer der anderen Bundesstaaten Kalifornien unter die Arme greift. Das ist völlig undenkbar und wir reden von einem Land in einer Nation. Wir in Europa bilden uns ein, bei einem Euro-Verbund von 17 völlig unterschiedlichen Ländern – es handelt sich ja immer noch um unterschiedliche Nationen – wir

Lernen von den USA

Das Beispiel Kaliforniens

müssten einander unbedingt unter die Arme greifen. Das ist absurd.

Eine „echte" Euro-Krise?

conturen: Auch in Österreich glauben die Menschen laut einer Umfrage, dass es gar keine Euro-Krise gebe, sondern diese nur von den Medien hochgespielt worden sei. Wie ist dieser Eindruck erklärbar? Ist durch die staatlichen Hilfen die Krise gleichsam übertüncht worden, sodass sie möglicherweise erst viel später in ihrem tatsächlichen Ausmaß sichtbar wird?

Warum ist der Euro „alternativlos"?

Henkel: Die Aussage verwundert mich gar nicht. Denn die Politik benutzt im ganzen Euro-Raum einen Begriff, der zu Recht zum Unwort des Jahres 2010 erklärt wurde, nämlich „alternativlos". Für mich ist das ein Phänomen: An diese Alternativlosigkeit glaubt nicht nur die gesamte politische Klasse – alle Parteien –, sondern auch die gesamte Wirtschaftspresse. Ich habe so etwas noch nie erlebt. Zwar kann man immer wieder kritische Kommentare zu den verschiedenen Hilfsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank oder der Bundesregierung oder von Brüssel lesen. Aber niemand befasst sich mit einer Alternative.

Alternative Nord- und Süd-Euro

Ich habe mir erlaubt – ich glaube, als Einziger –, eine Alternative vorzulegen. Sie wird zumindest in diesem Land entweder lächerlich gemacht oder als irrelevant beiseitegeschoben. Dabei weiß ich aus vielen Gesprächen mit Bankern, die ich in Deutschland, aber auch im Ausland hatte, dass diese Alternative durchaus Sinn macht und dass sie auch möglich ist, wenn man sie richtig vorbereitet und richtig organisiert.

conturen: Jetzt wollen weitere Länder der Währungsunion beitreten wie etwa Polen, die sich auch nicht durch wirtschaftliche Stärke auszeichnen. Fürchten Sie in Zukunft eine weitere Schwächung des Euros?

Schwache Länder wollen in die Euro-Zone

Henkel: Ja. Wenn man sich die Kandidaten anschaut, die zur Verfügung stehen, dann fällt einem doch folgendes auf: Es gibt starke Länder, die nicht in die Währungsunion wollen wie beispielsweise Schweden, Dänemark oder die Tschechische Republik. Und es gibt schwache Länder, die unbedingt hineinwollen wie Bulgarien und Rumänien, Litauen und Lettland. Bei Polen bin ich mir nicht so sicher, ob das Land wirklich hineinwill. Soviel ich weiß, gibt es viele Polen, die aufgrund der neuen Entwicklung im Euro-Raum kalte Füße bekommen und sich das noch einmal überlegen

wollen. Die Flucht nach vorne ist der falsche Weg. Wir brauchen nicht noch weitere Währungen im Euro-Raum. Jetzt schon leiden wir darunter, dass wir 17 haben, hinter denen völlig unterschiedliche Wirtschafts- und Finanzkulturen stehen. Auch kann ich mir durchaus vorstellen, dass wir bei der Schaffung eines Nord-Euros sogar Dänemark und Schweden davon überzeugen würden, in diesen Verbund hineinzugehen. Das heißt, paradoxerweise hätten wir nach Durchführung meines Vorschlages einer Aufteilung in Nord- und Süd-Euro-Zonen sogar weniger Währungen im EU-Raum als vorher.

17 unterschiedliche Wirtschafts- und Finanzkulturen

conturen: Am 1. Januar 2011 führte Estland den Euro ein. Wie hat sich dieser Beitritt entwickelt?

Henkel: Es ist noch zu kurz, dazu eine Aussage zu treffen. Aber Estland ist eines der Länder, das schon viele Jahre gezeigt hat, dass es sich an die vorgegebenen Stabilitätskriterien hält. Das war bei Griechenland nicht der Fall und zwar schon aufgrund der gemeldeten Zahlen nicht. Von den getürkten Zahlen war damals noch nicht einmal die Rede. Ich habe im Jahr 2000 öffentlich protestiert, als der damalige französische Staatspräsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen den Rat vieler Experten unbedingt darauf bestanden, Griechenland aufzunehmen, nur weil es die Wiege der europäischen Demokratie sei, und weil das Volumen der griechischen Drachme im Gesamtverbund nicht mehr als drei Prozent ausmache. Das war der erste Bruch der Abmachungen, die wir für den Euro verabredet hatten. Es hieß, man würde nur solche Länder aufnehmen, die nachhaltig die Stabilitätskriterien erfüllt hätten. Von daher passt Estland durchaus in diesen Verbund und zwar in den Nordverbund.

Estland ist diszipliniert, Griechenland nicht

Chirac und Schröder brachen Abmachungen

conturen: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich in Davos für eine Harmonisierung sozialstaatlicher Regeln aus. Man könne nicht eine gemeinsame Währung haben und völlig auseinander klaffende soziale Sicherheitssysteme…

Henkel: Ich möchte die Aussage von Angela Merkel umdrehen: Solange wir keine einheitliche Wirtschafts- und Finanzkulturen haben, und damit verbunden, auch keine einheitlichen Sozialversicherungssysteme, können wir auch keinen einheitlichen Euro haben. Die Sache ist am Schwanz aufgezäumt. Das Problem ist, dass wir zur Rettung des Euros ein ganz anderes Europa bauen, als wir

Der Euro ist falsch aufgezäumt

Eine Transfer-Union war nicht gewollt

Durch den Euro zum EU-Zentralstaat

Wo bleibt die Subsidiarität?

seinerzeit gewollt haben. Über die Hintertür der verschiedenen Rettungspakete bekommen wir jetzt eine niemals beschlossene Transfer-Union. Durch diese Rettungsaktion laufen wir gezielt in einen europäischen Zentralstaat. Den kann man gern wollen. Aber er war nicht die Grundlage der verschiedenen Verträge, die wir abgeschlossen haben. Mir fällt auf, dass wir seit zwei Jahren das Wort „Subsidiarität" nicht mehr hören. Wir wollten einst ein Europa der Vaterländer haben und kein Vaterland Europa. Das bekommen wir jetzt als Nebenprodukt der Euro-Rettung.

Wir profitieren vom Binnenmarkt, nicht vom Euro

Auch Italien retten?

Meine Kollegen in der Wirtschaft behaupten immer wieder, wir würden vom Euro profitieren. Sie können sich meinem Vorschlag einer Aufteilung des Euros nicht anschließen. Aber sie übersehen, dass das Entscheidende für deutsche Exporte in Europa der Binnenmarkt ist. Und den haben wir seit 1992 und nicht erst seit der Einführung des Euros. Die deutschen Exporte in Euro-Länder sind seit Einführung des Euros sogar gesunken. Also man soll mit der Volksverdummung aufhören, die jetzt leider auch vom BDI organisiert wird, wir würden vom Euro besonders profitieren. Wir profitieren vom Binnenmarkt und – das gebe ich gern zu – von der derzeitigen Abwertung des Euros. Aber man kann sich doch nicht allen Ernstes hinstellen und behaupten, es sei wunderschön, jetzt nach Italien zu exportieren, weil dessen Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig sei. Wenn Italien am Boden liegt, müssen wir Italien mit unseren Steuermitteln retten. Das ist eine verantwortungslose Position.

conturen: Sie sprechen sich stattdessen für eine Erweiterung aus, was auch den umstrittenen EU-Beitritt der Türkei einschließt. Aber welche Vorteile hätte eine Erweiterung der Europäischen Union ohne deren Vertiefung?

Aufnahme der Türkei in die EU

Henkel: Eine Erweiterung nützt allen Beteiligten und führt zu einem wettbewerbsfähigeren Kontinent. Erfahrungen zeigen, dass der wirtschaftliche Austausch im selben Maße wächst, wie die Zahl der beteiligten Länder zunimmt. Eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union brächte viele Vorteile. Vor allem sollte die Türkei die Chance bekommen zu zeigen, dass auch ein muslimisches Land voll demokratiefähig ist, die Menschenrechte achtet und eine funktionierende Marktwirtschaft entwickeln kann. Aufhören aber muss man mit der Vertiefung. Beides zugleich funktioniert nicht.

Darüber hinaus haben wir genügend anstrebbare Ziele. Dazu gehört, dass man in Europa eine Infrastruktur schafft, die von allen gleich benutzt werden kann. Während wir mit Milliardensummen den Euro verteidigen, haben wir immer noch keine einheitlichen Stecker für unsere Elektrogeräte in Europa. Oder denken Sie an EUROCONTROL. Immer noch haben wir in Europa nationale Luftraumüberwachungssysteme. Wenn ein Flugzeug von Deutschland nach Frankreich fliegt, muss es von einer deutschen an eine französische Luftraumbehörde übergeben werden. Und einer der Gründe, warum über vielen europäischen Flughäfen Warteschleifen geflogen werden, ist, dass wir keine europäische Luftraumüberwachung haben, die koordiniert ist. Auch die Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, wie wir sie früher immer haben wollten, wäre eine Aufgabe.

Milliarden für die Euro-Rettung, aber keine einheitliche Infrastruktur

Kein EU-Luftraum

conturen: Ursprünglich sollte die europäische Idee eine kulturelle sein. Aber dann wurde immer mehr eine wirtschaftliche daraus und der kulturelle Aspekt trat völlig in den Hintergrund. War das der falsche Weg? Hat Europa als kulturelle Idee noch eine Chance?

Henkel: Ja. Ich bin leidenschaftlicher Kämpfer für Menschenrechte und seit 16 Jahren Mitglied von Amnesty International. Für mich hat Europa durchaus eine Berechtigung. Das Beachten der Menschenrechte und der Einsatz für die Demokratie sind Ziele, für die wir Europäer einstehen sollten. Anderes sollten wir lieber den Nationen überlassen. Die Globalisierung führte auch dazu, dass die Bürger eine Sehnsucht nach mehr lokalem und regionalem Bezug haben. Früher gab es in Hamburg keine Stadtteilfeste. Heute gibt es sie. Wir sollten an der Globalsierung festhalten. Und wir sollten auch an Europa festhalten. Aber im Zweifel sollten wir die kulturellen Unterschiede nicht einebnen, sondern sie erhalten.

Menschenrechte

Europa: Kulturelle Unterschiede nicht einebnen, sondern erhalten